

Ehrlichkeit

# Gegen den Reiz zu lügen

Ob im Arbeitsleben, bei der alltäglichen Kommunikation oder gegenüber dem Finanzamt: Ohne Vertrauen in unsere Ehrlichkeit funktioniert in der sozialen Marktwirtschaft fast gar nichts. Wie aber bewegt man Menschen dazu, von der Versuchung der Lüge zu lassen? *Von Johanna Hey*

**A**uf der Werteskala steht Ehrlichkeit in Umfragen ganz oben. Dennoch findet sich verbreitet das Bild des ehrbaren Dummen, der Lüge als Zeichen von Intelligenz. Die Entwicklungspsychologie versteht die Fähigkeit zu lügen als Zeichen geistiger Reifung. Eine erfolgreiche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist indes auf Ehrlichkeit angewiesen.

Ehrlichkeit ist Voraussetzung für Vertrauen und damit für die Stabilisierung von Verhaltenserwartungen. Als Mechanismus zur Reduktion von Komplexität im Sinne von Niklas Luhmann ist auf ehrliche Information gegründetes Vertrauen in einer hochtechnologischen und diversifizierten Umwelt wichtiger denn je.

Je weniger komplexe Prozesse nachvollzogen werden können, desto größer ist das Bedürfnis nach ehrlicher Information. Die Komplexität moderner Finanzprodukte, mit denen sich auf wundersame Weise Default-Risiken zum Verschwinden bringen lassen, ist nur ein Beispiel. Erfundene Untersuchungsergebnisse können Wissenschaftsgebäude zum Einsturz bringen, denn wissenschaftlicher Fortschritt ist nur möglich, wenn auf die vorgefundenen Ergebnisse Verlass ist.

Deshalb reagiert die Wissenschaftscommunity so empfindlich auf manipulierte Studien. Auch der Staat ist auf Ehrlichkeit angewiesen. Der Sozialstaat muss sich gegen vorgetäuschte Bedürftigkeit und Sozialbetrug schützen. Der Steuerstaat ist auf die Steuerehrlichkeit seiner Bürger angewiesen.

Wie aber bewegt man Menschen zu Ehrlichkeit, verspricht doch die Lüge häufig - jedenfalls kurzfristig - einen Vorteil? Gerade im Kollektiv sinken die moralischen und sozialen Hemmschwellen. Niemand möchte im privaten Bekanntenkreis als Lügner und Hochstapler bekannt sein. Der Gesichtsverlust tritt aber in den Hintergrund, wenn es um die Täuschung großer Institutionen oder des Staats geht. Versicherungsbetrug oder Steuerhin-

terziehung sind auch deshalb verbreitet, weil sich der Geschädigte nicht personalisieren lässt.

Dem geschädigten Kollektiv, der Gesamtheit der Versicherungsnehmer oder Steuerzahler, fühlt man sich nicht individuell verpflichtet.

Man kann das Feld der Moral überantworten und auf die Wirkungen einer werteorientierten Erziehung hoffen. Je nachdem, wie bedeutsam Ehr-

lichkeit ist und welche Gefahren von Unehrlichkeit ausgehen, wird dies indes nicht ausreichen. Dann ist der Staat gerufen, seine Bürger mit den Mitteln des Rechts zu Ehrlichkeit anzuhalten, was freilich sofort die Frage nach Grenzen und Maß aufwirft. Ein absolutes Ehrlichkeitsgebot gibt es nicht, kann es nicht geben, schon weil Ehrlichkeit in Form von Schonungslosigkeit zu sozialer Isolation führt. Deshalb ist die Lüge per se, auch die schriftliche Lüge nicht strafbar. Erst wenn Gesetze Wahrheitsgebote aufstellen, greifen Sanktionen ein.

Die moderne Gesetzgebung ist durchzogen von solchen auf Ehrlichkeit abzielenden Pflichten: Verbot irreführender Werbung, Kennzeichnung- und Verbraucherinformationspflichten, eidesstattliche Versicherungen unter Doktorarbeiten. Allenthalben finden sich Offenlegungspflichten, die nicht nur die aktive Täuschung, sondern auch die Vorenthaltung von Informationen sanktionieren. Jeder Betrugsskandal zieht den Ruf nach gesetzgeberischer Intervention nach sich. Der Sarbanes-Oxley Act infolge



Karikatur des ehemaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy: Kurze Haltbarkeit von Unwahrheit.



Doping-Sünder und Radsportler Lance Armstrong: „Die Versuchung, die Wahrheit zu hintergehen, ist ständig präsent.“

Ausgehend von einer Titelseite am 6. Dezember, veröffentlicht das Handelsblatt in dieser Woche eine Serie über die neuen Werte der Wirtschaft. Diese Beiträge folgen:



**9. Dezember** Sahra Wagenknecht über Maßhalten

**10. Dezember** Richard Sennett über Kooperation

**11. Dezember** Nicola Leibinger-Kammüller über Disziplin

**12. Dezember** Anselm Grün über Demut

**13. Dezember** Johanna Hey über Ehrlichkeit

des Enron-Bilanzskandals ist eines der prominentesten Beispiele.

Ein Eigeninteresse hat der Staat an der Ehrlichkeit seiner Bürger im Steuerrecht. Hier versucht sich der deutsche Gesetzgeber durch permanente Verschärfung der Steuerhinterziehungstatbestände abzusichern. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht allerdings schon Anfang der 1990er-Jahre festgestellt, dass sich der Fiskus nicht auf die Wirkung der Strafandrohung der Steuerhinterziehung verlassen darf, sondern seine Bürger kontrollieren muss.

Steuerrechtliche Erklärungspflichten ohne staatliche Verifikationsmöglichkeiten verstoßen gegen das verfassungsrechtliche Gebot der Rechtsanwendungsgleichheit. Fehlt es an der Durchsetzung in der Fläche, dann verliert das Gesetz seine Legitimität auch gegenüber dem Einzelnen; es darf auch gegenüber dem Ehrlichen nicht mehr durchgesetzt werden. Immerhin

ist dieser dann nicht länger der Dumme.

Eben jene Kontrolle stößt aber, man muss wohl sagen, zum Glück, an faktische Grenzen. Wer möchte schon in einem totalen Kontroll- und Überwachungsstaat leben. Die Finanzverwaltung setzt zwar - ermöglicht durch eine elektronische Datenerfassung - auf ausgeklügelte Risikomanagementsysteme, mittels derer sich die Angaben der Steuerpflichtigen verproben lassen, um Falschangaben auf die Schliche zu kommen. Den totalen Überwachungsstaat kann und darf es indes nicht geben. Vielmehr muss der Staat seinem Bürger mit einem Vertrauensvorschuss begegnen.

Die Vorstellung, jeder sei im Grunde seines Herzens Steuerbetrüger, so dass nur die Androhung scharfer Strafen und lückenlose Kontrolle die Funktionstüchtigkeit des Steuerstaats aufrechterhalten können, läuft Gefahr, die intrinsische Motivation zu Steuer-



Der Mund der Wahrheit in der Kirche St. Maria in Rom.

ehrlichkeit zu zerstören. Einerseits lässt sich nachweisen, dass auch bei völliger Abwesenheit von Kontrolle und Sanktionen, Betrugsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft werden. Andererseits ergab sich im sogenannten Minnesota-Experiment, dass Strafanrohungen unter bestimmten Umständen sogar einen paradoxen Effekt haben können: Die Steuerhinterziehungsneigung steigt.

**W**enn der Staat weiterhin auf die intrinsische Neigung zu Steuerehrlichkeit setzt, dann bedarf es auch des Instruments der Selbstanzeige. Zum einen ist nicht jede fehlerhafte oder unterlassene Angabe in einer Steuererklärung eine bewusste Lüge. Die Selbstanzeige vermeidet Abgrenzungsschwierigkeiten. Zum anderen wird die Rückkehr zur Ehrlichkeit auch in anderen Zusammenhängen honoriert. Das Dementi, die Richtig-

**Johanna Hey** ist Professorin für Steuerrecht an der Universität Köln. Die 43-Jährige ist Gründungsmitglied des Fördervereins Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und gehört dem wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums an.



Rainer Holz

stellung aus eigenem Antrieb kann den Vertrauensverlust zumindest ein Stück weit kompensieren. So kosten Lügen Politiker vor allem dann das Amt, wenn sie nicht sofort bei Aufkommen eines Verdachts eingestanden werden, sondern erst, wenn die Unwahrheit nachgewiesen ist.

Steuerehrlichkeit ist aber keine Einbahnstraße. Steuermoral hängt, wie der Nestor der modernen Steuerrechtswissenschaft Klaus Tipke herausstellt, untrennbar zusammen mit Besteuerungsmoral. Die Gegenleistungslosigkeit der Steuerzahlung ist nur erträglich, wenn zum einen die Vorstellung besteht, dass alle Bürger gleichermaßen zur Steuerzahlung herangezogen werden, zum anderen darauf vertraut werden kann, dass Steuergelder nicht verschwendet oder für Gruppeninteressen eingesetzt werden. Ein gerechtes und transparentes Steuerrecht ist damit kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für Steuerehr-

lichkeit. Schwieriger zu beantworten ist, welche Anforderungen an Ehrlichkeit und Transparenz der Politik sich ergeben. Der Staat braucht ehrliche Bürger. Braucht der Bürger auch einen ehrlichen Staat? Wie viel Ehrlichkeit verkraftet der Wähler? Die Täuschung des Wählers ist nicht strafbar. Sie kann allenfalls die Wiederwahl gefährden.

Ähnlich wie im privaten Bereich muss möglicherweise auch hier zwischen notwendigen und schädlichen Lügen unterschieden werden. Hätten wir uns auf die Wiedervereinigung eingelassen, wären die Kosten von Anfang an offengelegt worden? War es relevant, ob die Garantie der Spareinlagen im Jahr 2008 durch Angela Merkel hätte eingelöst werden können?



Ein absolutes Ehrlichkeitsgebot gibt es nicht, kann es nicht geben, schon weil Ehrlichkeit in Form von Schonungslosigkeit zu sozialer Isolation führt.

Ein Freibrief ist das nicht. Ehrlichkeit und Offenlegung kann der Staat vom Bürger nur verlangen, wenn er seinerseits Gleiches praktiziert. Der Staat ist rechenschaftspflichtig für die Verwendung der Gelder seiner Bürger. Ob die Lektüre der Rechnungshofberichte die Steuerehrlichkeit hebt, scheint zwar angesichts ihrer Sanktionslosigkeit fraglich, sie erfüllen nichtsdestotrotz eine wichtige Kontrollfunktion und sind damit Voraussetzung informierter Wählerentscheidungen.

Gerade im Bereich der Wirkungen politischer Entscheidungen gibt es noch erheblichen Verbesserungsbedarf. Dass Politik fehlerträchtige Prognoseentscheidungen treffen muss, entbindet nicht von Ex-post-Überprüfungen und dem ehrlichen Umgang mit den Ergebnissen derartiger Evaluationen. Wie unliebsam dem Staat die Wahrheit oft ist, hat sich jüngst am Umgang des Bundesfamilienministeriums mit den Ergebnissen der Evaluation der familienpolitischen Maßnahmen gezeigt. Entscheidungen auf der Grundlage sogenannter „politischer Zahlen“ und Realitätsfiktionen führen jedoch zu einem Blindflug und unterminieren das Vertrauen in die Rationalität und die Autorität staatlichen Handelns.

KAUFHAUS DER WELTWIRTSCHAFT



Die Serie „Wirtschaft neu denken“ als E-Book:  
www.kaufhaus.handelsblatt.com